



Foto: Halfpoint – istockphoto.com/de (Agenturfoto, Mit Model gestellt.)

Eigentum und Mobilität.

Feuer und Flamme
für Hessen.

Freie
Demokraten

FDP

Statt Volkseigentum ein Volk von Eigentümern.

Wohneigentum ist Ausdruck und Entfaltung der individuellen Lebensvorstellung. Eigentum an den eigenen vier Wänden heißt mehr persönliche Freiheit. Individualität, regionale Vielfalt und Baukultur sind untrennbar miteinander verbunden. Die eigene Immobilie schützt zuverlässig vor steigenden Mieten und trägt damit wesentlich zu einer erfolgreichen Altersvorsorge bei. Wir Freie Demokraten wollen deswegen wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Wohneigentumsquote in Hessen zu steigern.

Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer.

Wir setzen uns für einen Freibetrag von mindestens 500.000 Euro beim Erwerb der ersten selbst genutzten Immobilie ein. Dieser Freibetrag senkt die finanzielle Belastung erheblich und ermöglicht vielen Menschen den Traum der eigenen vier Wände. Gleichzeitig leistet er einen Beitrag zur Bekämpfung des Wohnraummangels, da eine niedrigere Grunderwerbsteuer nachweislich zu vermehrtem Wohnungsbau durch die Privatwirtschaft führt.

Die Einführung eines solchen Freibetrags ist für Hessen günstiger als die Finanzierung staatlichen Neubaus.

Wohneigentumsförderung auf die Höhe der Zeit bringen.

Die Programme zur Wohneigentumsförderung waren in den vergangenen Jahren nur schwach frequentiert, weil der Zinsvorteil gegenüber herkömmlichen Darlehen am Kapitalmarkt nur gering oder nicht vorhanden war. Im derzeitigen Zinsumfeld gewinnen zinsvergünstigte Darlehen der WIBank wieder an Relevanz. Allerdings sind die Förderbedingungen nicht auf dem Stand der Zeit und stehen damit einer erfolgreichen Wohneigentumsförderung des Landes entgegen. Wir wollen die entsprechenden Förderprogramme der WIBank digitalisieren und neu ausrichten. Dazu müssen Verdienstgrenzen und maximale Förderbeträge angepasst werden.



Foto: Serhiikrot – istockphoto.com/de (Agenturfoto. Mit Model gestellt.)

Infrastruktur (Straße, Schiene, Radweg).

Die Verkehrsinfrastruktur in Hessen befindet sich nach fast 10 Jahren Schwarz-Grün in einer desolaten Verfassung. Jede zweite Landesstraße befindet sich in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. Bei der Schieneninfrastruktur sind weder beim Neubau noch bei der Reaktivierung Erfolge zu verzeichnen und der Radwegebau kommt nur im Schneckentempo voran.

In einem ersten Schritt wollen wir die Investitionen in die hessischen Landstraßen dem Werteverzehr angleichen. Das allein ist zur Erhaltung des Bestandsnetzes notwendig. Aber wir wollen sogar einen Schritt weitergehen und die Landesstraßen ausbauen. Den wachsenden Regionen muss mit einem wachsenden Straßennetz Rechnung getragen werden. Wir wollen das Kommunale Interessenmodell (KIM) wieder beleben. Das hat Kommunen ermöglicht, den Bau einer Ortsumfahrung vorzufinanzieren, sodass mehr Straßenbaumaßnahmen in kürzerer Zeit realisiert werden konnten.

Hessen braucht dringend mehr Schieneninfrastruktur. Für die Umsetzung dieser Projekte wollen wir das Know-how der Planungsgesellschaft der Regionaltangente West zum Einsatz bringen. Diese soll in eine hessische Schieneninfrastrukturgesellschaft überführt werden. Damit können wir die Vorlaufzeit von großen Infrastrukturprojekten künftig verringern.

Die Anbindung des Umlandes an die urbanen Zentren wollen wir mit Radschnellwegen voranbringen. Die Kommunen wollen wir entlasten, indem wir den Radwegebau an das Land übergeben. Die Zuständigkeiten wollen wir in einem Radschnellwegesetz klären. Damit schaffen wir ein Ende der scheinbar endlosen Hängepartie beim Bau der Radschnellwege. Durch die Radschnellwege erwarten wir positive Auswirkungen auf das Klima und die Verkehrssituation, da Pendlerströme umgelenkt werden.





Foto: knissr – stock.adobe.com

Digitale Infrastruktur.

Die Straße in die Zukunft transportiert Daten, nicht mehr nur Güter und Menschen. Ähnlich wie Investitionen in eine tragfähige Infrastruktur im analogen Raum jahrelang nicht im notwendigen Ausmaß stattfanden, wurde der Aufbau einer zeitgemäßen, zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur vernachlässigt – gerade auch im ländlichen Raum. Bei der Versorgung mit Gigabit zählt Hessen zu den Schlusslichtern im Vergleich der westdeutschen Bundesländer. Ein Drittel der Haushalte wartet nach wie vor auf einen gigabitfähigen Anschluss. Auch in der Mobilfunkabdeckung hat Hessen großen Nachholbedarf. Hessen hat mehr Funklöcher, mehr graue Flecken und weiße Flecken als alle anderen Bundesländer und ist in allen Mobilfunktechnologien unterdurchschnittlich.

Als Freie Demokraten setzen wir auf die Kraft des marktgetriebenen Glasfaserausbaus. Nur dort, wo auf absehbare Zeit keine Potenziale für den eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau bestehen, wollen wir mit staatlichen Mitteln unterstützen. Dazu sollen „Gigabit-Gutscheine“ ausgegeben werden,

die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen für den Ausbau eines gigabitfähigen Glasfaseranschlusses einsetzen können. Der Gutschein deckt einen Teil der Kosten ab und stellt eine Förderung der Nutzer statt der Anbieter dar. Gutscheine erleichtern den Umstieg und erhöhen die Nachfrage nach Glasfaser. Ein Gutschein-System ist zudem unbürokratisch und kosteneffizient.

Am Ende der kommenden Legislaturperiode müssen Bürgerinnen und Bürger an jedem Ort in Hessen Zugriff auf leistungsfähige Glasfaser- und 5G-Netze haben. Die begonnenen Schritte zum Abbau unnützer bürokratischer Hürden im Planungsrecht wollen wir fortsetzen, um den Netzausbau zu beschleunigen und mehr eigenwirtschaftlichen Ausbau zu erreichen. Dazu wollen wir alternative Verlegungsmethoden erleichtern und dafür sorgen, dass die Verlegung von Leerrohren sowie die Mitverlegung bei anderen Infrastrukturprojekten akzeptiert und zugelassen werden.

Bau-Booster für Hessen.

Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, anhaltenden Lieferkettenproblemen, der Baupreisinflation und dem Ende der Nullzinspolitik wurde der Boom der Baubranche abrupt beendet. Viele Jahre ohne nennenswerte Inflation und mit günstigem Geld haben darüber hinweggetäuscht, dass politisch mit immer mehr Regulierung, Vorschriften und langsamen Verfahren ein investitionsfeindliches Klima geschaffen wurde.

Dem wegbrechenden Neubau steht ein eklatanter Mangel an Wohnraum gegenüber. In Hessen fehlen im Jahr 2040 bis zu 360.000 Wohnungen. Um den Bedarf zu decken, müssen mindestens 21.000 Wohneinheiten pro Jahr in Hessen gebaut werden. Diese Zahl wurde auf dem Höhepunkt des Baubooms knapp erreicht, für die kommenden Jahre lassen die Prognosen eine deutliche Verfehlung der Ziele erwarten: Hessen befindet sich in einer Baukrise.

Über 85 % des Wohnungsbestandes in Hessen befindet sich in Privatbesitz. Bei der Schaffung von neuem Wohnraum sind private Investoren deshalb der wichtigste Partner.

Hohe Mieten sind Ausdruck von Knappheit. Günstigere Preise lassen sich aber nicht staatlich verordnen, sie sind allein durch eine Ausweitung des Angebots erreichbar. Wir Freie Demokraten schlagen deswegen ein Maßnahmenbündel zur Stimulierung des privaten Wohnungsbaus in Hessen vor.

Gebäudeklasse E.

Der Wohnungsbau in Deutschland und in Hessen unterliegt einer unüberschaubaren Masse von Normen und Vorschriften. Diese Regulierung macht Bauen komplex und immer teurer. Um Freiheit für innovatives Bauen zu schaffen, schlagen wir die Schaffung einer Gebäudeklasse „E“ wie „einfach“ oder „Experiment“ in der Hessischen Bauordnung vor. Unter Berücksichtigung von Mindeststandards sollen Planung und Bau von Gebäuden mit reduzierter Einhaltung von Normen ermöglicht werden. Damit wird der hessische Wohnungsbau für innovative Versuche

geöffnet, die dazu beitragen, nachhaltige Gebäude bezahlbar zu machen.

Schnellere Ausweisung von Bauland.

In den Ballungsräumen ist Bauland typischerweise knapp, aber nicht sämtliche Bedarfe lassen sich durch Nachverdichtung lösen. Obwohl der Druck auf den Wohnungsmarkt bereits immens ist, war Bauland in der Vergangenheit oft der limitierende Faktor. Versuche, die Kommunen bei der Ausweisung neuen Baulands zu fördern, wie beim Großen Frankfurter Bogen, haben nicht wie gewünscht funktioniert. Wir schlagen deshalb vor, finanzielle Anreize zur Ausweisung neuen Baulands im Kommunalen Finanzausgleich (KFA) zu organisieren.

Investitionshindernisse abschaffen.

Um zu verhindern, dass Mieten immer weiter steigen, muss der Staat Aktivitäten unterlassen, die Investitionen verhindern. Eigentumsfeindliche Eingriffe wie der Umwandlungsvorbehalt machen Investitionen in neuen Wohnraum unattraktiver. Mietpreisbremse und Kappungsgrenze tragen nicht zur Entstehung neuen Wohnraums bei. Sie machen das Bauen für Investoren unattraktiver und verhindern damit Investitionen. Damit sind die genannten Instrumente nicht geeignet, bezahlbare Mieten sicherzustellen. Um private Investitionen zu stimulieren, ist es deswegen sinnvoll, wenn der Staat aufhört, in Eigentumsrechte und Preisbildungsprozesse einzugreifen.

Digitalisierung.

Um die Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen, muss der gesamte Prozess der Baugenehmigung überall in Hessen – nicht nur in einzelnen Pilotprojekten – digital möglich sein. Sämtliche Schritte von der Einreichung des Bauantrags über die Kommunikation mit der Behörde bis hin zur Erteilung der Baugenehmigung sollen digital stattfinden. Neben der Kommunikation mit dem Bauherren müssen auch die verwaltungsinternen Prozesse schnellstmöglich digitalisiert werden. Die Genehmigungsbehörden müssen mit ausreichend Mitteln ausgestattet werden.

Substanzerhalt und Neubau bei Straße, Schiene und Radweg.

Neue Straßen, Schienen und Radwege schaffen wir mittels Schieneninfrastrukturgesellschaft, kommunalem Interessenmodell, Landeszuständigkeit und Radschnellwege-Gesetz.

Leistungsfähige Glasfasernetze.

Den Ausbau gigabitfähiger Glasfaseranschlüsse unterstützen wir durch die Ausgabe von Gigabit-Gutscheinen und alternative Verlegungsmethoden.

Bau-Booster für Hessen.

Die Möglichkeiten des privaten Wohnungsbaus wecken wir durch die schnellere Ausweisung von Bauland, die Digitalisierung der Verfahren, die Reduzierung von politischen Investitionshindernissen und durch die Schaffung einer innovativen Gebäudeklasse.

Wohneigentum bedeutet Unabhängigkeit.

Den Traum vom Eigenheim bringen wir durch einen Freibetrag von mindestens 500.000 Euro beim Erwerb der ersten selbst genutzten Immobilie ein gutes Stück näher.

Wohneigentumsförderung auf der Höhe der Zeit.

Die Programme zur Wohneigentumsförderung digitalisieren wir und wir passen sowohl die Verdienstgrenzen als auch die maximalen Förderbeträge an.

Kontakt

FDP Hessen
Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden

T: 0611 999060, F: 0611 9990635
hessen@fdp.de, fdp-hessen.de